Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur Fritz Reinhold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Amt. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 68.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 5.00 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 16.50 Mark, monatlich 5.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg., Reklamepetitzeile 3.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 104. | Freitag, den 6. Mai 1921. | 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Das Reichskabinett hat seine Demission eingereicht, die angenommen wurde.

•

Die Ministerpräsidenten der Länder treten in den nächsten Tagen in Berlin zu einer Konferenz zusammen, um zu der durch die Ereignisse der letzten Tage geschaffenen politischen Lage Stellung zu nehmen.

•

Nach dem nunmehr fertiggestellten Ultimatum an Deutschland hat Deutschland jährlich 100 Millionen Pfund Sterling und 26 Prozent Ausfuhrabgabe zu zahlen; die Frist zur Annahme des Ultimatums wurde auf den 12. Mai festgesetzt.

•

Der oberste Rat hat davon Abstand genommen, sich mit der oberschlesischen Frage zu beschäftigen. Auf die englischen Ersuchen habe die französische Delegation erklärt, der Augenblick sei nicht günstig, sich mit dieser Frage zu befassen.

Rücktritt der Regierung Fehrenbach

W. T. B. meldet: Mit Rücksicht auf die durch die Antwortnote der Vereinigten Staaten geschaffene politische Lage beschloß das Kabinett am Mittwoch einstimmig seinen Rücktritt. Der Reichskanzler begab sich am Abend zum Reichspräsidenten, um ihm den Entschluß des Kabinetts mitzuteilen. Der Reichspräsident hat das Kabinett, die Geschäfte weiterzuführen. Das Kabinett stimmte zu.

Nv. Die große Frage, ob die bisherige Regierung Fehrenbach noch in der Lage sei, die weiteren Verhandlungen in der Reparationsfrage zu führen, beschäftigte in den letzten Tagen die politische Welt Deutschlands auf das lebhafteste. Man weiß, daß die Behauptung, das Kabinett müsse zurücktreten, sehr frühzeitig auftauchte und zwar beruhte diese Auffassung darauf, daß vor allem der Reichsminister Dr. Simons sich bereits vor den Londoner Verhandlungen in einer Weise festgelegt hatte, die es ihm tatsächlich unmöglich machte, noch weiter im Amt zu bleiben, wenn die Dinge einen anderen als den von ihm vorgesehenen Verlauf nähmen. Wir wissen ferner, daß die von ihm eingeleitete Aktion bei der amerikanischen Regeirung vollständig gescheitert ist und damit endete, daß das amerikanische Kabinett Dr. Simons den Rat gab, schleunigst neue — also doch wohl weitergehende — Vorschläge direkt an die Entente zu richten. Das bedeutete im Grund eine Desavouierung der Politik des Außenministers, und es war selbstverständlich, daß der sich schon von dem Augenblick an zum Rücktritt bereit erklärt hatte, als man zu überblicken vermochte, wie die Dinge in Washington gehen würden. Nach Lage der Dinge hatte man sich bemüht, ihn zu halten, und ebenfalls auf Grund der einmal vorliegenden Tatsachen glaubte man in so ziemlich sämtlichen politischen Lagern, mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der Parteien weiter links, daß die Regierung Fehrenbach trotz aller Bedenken nicht durch eine andere ersetzt werden könne. Da aber feststand, daß die bisherige Koalition beibehalten werden soll, überlegten die Regierungsparteien, ob vielleicht eine Umbildung vorzunehmen wäre und zwar dergestalt, daß anstelle von Fehrenbach ein anderer Politiker die Leitung der Geschäfte übernehme. Von der Deutschen Volkspartei war dafür der Abgeordnete Stresemann genannt worden, dessen letzte Rede im Reichstag sofort als eine Kandidatenrede entweder für den Kanzlerposten oder für das Auswärtige Amt angesehen worden war. Die Hauptfrage, die neben der Kabinettsfrage leider zu kurz kam, drehte sich aber gar nicht um all diese Dinge, sondern darum, was zunächst gegenüber der Entente zu geschehen habe. Man erklärte, daß es sich vor allem wohl darum handeln müsse, dem drohenden Ultimatum zuvorzukommen, und man war überzeugt, daß hier ein sofortiger Entschluß unbedingt vonnöten sei. Aber Genaueres darüber vernahm man leider nicht, und so hatte man bedauerlicherweise wieder den Eindruck, als ob über Nebendingen das entscheidende Problem in den Hintergrund trat. Es zeigt sich eben immer wieder, daß der Wille zu einem wirklich letzten Entschluß nicht stark genug ist, und man kann nur abseits von allen Parteistandpunkten hoffen, daß die neuen Männer, wie immer sie auch heißen sollen, darin Wandel schaffen.

•

Wie gemeldet wird, sind bis gestern abend noch keine wesentlichen Schritte in der Frage der Kabinettbildung erfolgt. Alle Namensnennungen beruhen auf Kombinationen. Für den Posten des Außenministers sollen Freiherr v. Lersner, der sich durch seine geschickte Geschäftsführung als deutsches Mitglied der Pariser Friedenskommission einen guten Namen gemacht hat, der frühere Staatssekretär Hintze und Stresemann — diese drei gehören der Deutschen Volkspartei an — sowie der Zentrumsmann Mayer-Kaufbeuren, unser jetziger Botschafter in Paris, Aussichten haben. Die beiden letzten werden auch für den Reichskanzlerposten genannt. Pariser Blätter wollen sogar wissen, daß der deutsche Botschafter in London Sthamer Lord Curzon die Mitteilung gemacht habe, er sei für den Posten des Außenministers ausersehen. Im Grunde sind alle diese Vermutungen gleich unrichtig.

Das Diktat der Entente.

Forderungen und Strafmaßnahmen.

Amtlicher Wortlaut der gemeinsamen Erklärung der Verbandsregierungen: Die Verbandsregierungen stellen fest, daß trotz der wiederholten Zugeständnisse, welche von den Verbündeten seit der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles gemacht worden sind, ungeachtet der Warnungen und Zwangsmaßnahmen, die in Spa und Paris beschlossen wurden, wie auch der in London angekündigten und seither in Kraft getretenen Maßnahmen die deutsche Regierung mit der Erfüllung der Verpflichtungen im Rückstand ist, welche ihr nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages obliegen, und zwar in folgenden Punkten:

1. Entwaffnung.

2. Zahlung der 12 Milliarden Goldmark, die gemäß Artikel 235 des Friedensvertrages am 1. Mai 1921 fällig waren, und deren Begleichung von der Reparationskommission bereits für den genannten Zeitpunkt verlangt worden ist.

3. Aburteilung der Kriegsverbrecher unter den Bedingungen, wie sie erneut durch die Verbandsnoten vom 13. Februar und 17. Mai 1920 festgelegt wurden.

4. Einige andere wichtige Fragen, in erster Linie diejenige, welche die Artikel 264—267, 269, 273, 321, 322 und 327 des Friedensvertrages (Zoll-, Schiffahrts- und Verkehrsbestimmungen. D. Red.) berühren. Sie beschließen deshalb:

a. heute bereits alle vorbereitenden Maßnahmen zu ergreifen, welche zur Besetzung des Ruhrtales durch die verbündeten Truppen am Rhein nötig sind, und zwar unter den in § d vorgesehenen Bedingungen,

b. gemäß Artikel 233 des Friedensvertrages die Reparationskommission aufzufordern, der deutschen Regierung unverzüglich Zeiten und Bedingungen für die Begleichung der deutschen Schuld in ihrer Gesamtheit mitzuteilen und ihre diesbezügliche Entschließung der deutschen Regierung bis spätestens 6. Mai bekannt zu geben,

c. die deutsche Regierung aufzufordern, innerhalb einer Frist von sechs Tagen nach Empfang der obigen Entschließung klipp und klar zu erklären, daß sie entschlossen ist,

1. ohne Vorbehalt oder Bedingungen ihre Verpflichtungen zu erfüllen, so wie sie von der Reparationskommission festgelegt werden, 2. ohne Vorbehalt oder Bedingungen hinsichtlich ihrer Verpflichtungen die von der Reparationskommission vorgeschriebenen Sicherheiten anzunehmen und durchzuführen, 3. ohne Vorbehalt und unverzüglich die Maßnahmen zwecks Abrüstung zu Wasser, zu Lande und zur Luft, welche der deutschen Regierung durch die Verbandsmächte durch Schreiben vom 29. Januar 1921 aufgegeben wurden, durchzuführen, soweit die Durchführung dieser Maßnahmen zu Ende zu führen, die zu bestimmten Fristen verwirklicht sein müssen, 4. ohne Vorbehalt und unverzüglich die Aburteilung der Kriegsverbrecher vorzunehmen, sowie die Erfüllung der übrigen Teile des Vertrages, denen bisher noch nicht Genüge getan ist, und wovon in § 1 dieser Note die Rede ist,

d. am 12. Mai zur Besetzung des Ruhrtales zu schreiten und alle anderen militärischen Maßnahmen zu Wasser und zu Lande zu ergreifen bei Nichterfüllung der obigen Bedingungen durch die deutsche Regierung. Diese Besetzung wird solange dauern, bis Deutschland die in § c aufgezählten Bedingungen erfüllt haben wird.

London, 5. Mai 1921.

(gez.) Lloyd George. Briand. Sforza. Jaspar. Hayashi.

Feindliche Kavallerie überschreitet den Rhein.

Zwischen Kaiserwörth und Köln-Ehrenbreitenstein hat am Dienstag der Uebergang von belgischer und englischer Kavallerie über die Rheinbrücken begonnen. Erhebliche Kavallerieabteilungen und auch Artillerie befinden sich bereits rechts des Rheines. In dem bisher besetzten Gebiet von Vorba sind viele Ortschaften mit Einquartierung belegt. — Am Dienstag trafen die ersten neu eingezogenen Soldaten in Paris in ihren Kasernen ein. Seit den letzten 24 Stunden vorher laufen fast ununterbrochen Züge nach dem Osten, beladen mit Infanterie, Kavallerie und Artillerie. Die neuen Truppen sind in voller Kriegsausrüstung. Selbst Gasmasken (!) fehlen nicht. Nach Köln gingen die 4. Kürassiere, 13. Bergjäger, 15. Dragoner und andere Kavallerieformationen, sowie 500 Artilleristen. Das französische Hauptquartier am Rhein gibt drei verschiedene Aufgaben der Truppen an: 1. Besetzung des Ruhrbeckens, 2. Bewachung der Zollinie und der Ruhrbecken. Die Länge der Grenze beträgt 70 Meilen. 3. Verhütung eines Einmarsches aus dem Innern Deutschlands. (!)

Düsseldorf als französische Garnison.

Düsseldorf ist voll französischer Truppen, wie ein Etappenhauptort im Kriege. Man hat den Eindruck, in elfter Stunde vor einer großen Offensive zu stehen. An den Stadtausgängen werden Wegetafeln angebracht, um den Truppen den Weg a la Ruhr zu weisen. Der ganze militärische Apparat ist in Bewegung. Es werden auch bereits Erhebungen über die Lebensmittelbestände Düsseldorfs und über den täglichen Bedarf der Stadt wie der umliegenden Kreise vorgenommen. Dem Einquartierungsamt wurde aufgegeben, sofort in größtem Maßstabe Quartiere für die durchreisenden Offiziere zu beschaffen. Die Bauverwaltung, die bereits angewiesen war, für 500 Mann Kavallerie eine Kaserne zu bauen, hat jetzt den Auftrag erhalten, sofort auch noch einen anderen Kasernenbau für 1000 Mann Kavallerie in Angriff zu nehmen. Es heißt, daß Frankreich in Düsseldorf eine große Garnison zu unterhalten beabsichtigt.

Keine Blockade, sondern Flottendemonstration.

Laut Morning Post ist beschlossen worden, daß nicht eine Blockade zur See, sondern eine Flottendemonstration gegen Deutschland anzuwenden sei, falls sich diese Maßnahme als notwendig erweisen sollte. Die Franzosen wünschten eine vollständige Durchführung der Blockade der deutschen Küsten und als juridisch Einwendungen dagegen erhoben wurden, unterbreiteten sie einen Plan über eine militärische Besetzung der Häfen und boten die zu diesem Zwecke nötigen Truppen an. Sowohl Lloyd George als auch Graf Sforza hoben jedoch nachdrücklich hervor, daß es nicht ratsam sei, die etwaigen Wirkungen zu drastischer Maßnahmen zur See auf die öffentliche Meinung bei den Neutralen nicht in Betracht zu ziehen.

Der Aufruhr in Oberschlesien wächst.

Verstärkungen aus Polen.

Die Nachrichten, die heute aus Oberschlesien eingegangen sind, lauten außerordentlich bedrohlich. Die Kreise Gleiwitz, Großstrehlitz, Kattowitz, Beuthen, Pleß und Rybnik sind vollständig in den Händen der Polen. Die Gruben und Hüttenwerke sind fast vollständig eingeschlossen. Die Polen haben von jenseits der Grenze große Verstärkungen bekommen, auch Munitions- und Sanitätskolonnen sind eingetroffen. In den Kreisen Rybnik und Pleß sind Behörden überhaupt nicht mehr tätig, weder italienische noch deutsche. Die Franzosen begünstigen nach wie vor die Polen.

•

Diktatorgelüste Korfantys?

Dem Lok.-Anz. wird gemeldet, daß sich Korfanty gestern zum Diktator Oberschlesiens habe wollen ausrufen lassen und eine polnische Regierung innerhalb der Grenzen der Korfanty-Linie bilden will. Angeblich hat die Warschauer Regierung auf die Kunde hiervon Korfanty seines Amtes als polnischer Plebiszitkommissar enthoben.

Korfantys Pläne.

Korfanty hält den Augenblick für gekommen, um die Entente vor vollendete Tatsachen zu stellen, angeblich im Gegensatz zur Warschauer Regierung, die, wie aus Posen gemeldet wird, fest auf Frankreich vertraut und sich Oberschlesien lieber unter dem Druckmittel der Beteiligung an den Sanktionen holen würde, gleichzeitig aber auch Korfanty wegen seiner Beziehungen zu den Posener Autonomisten, dem ehemaligen Minister Sehda und General Forbot nicht traut. Die Propaganda für eine Autonomie Posens unter gleichzeitiger Angliederung Oberschlesiens an diese soll gerade augenblicklich wieder unter den Posener Truppen außerordentlich rege und die Spannung mit Warschau sehr groß sein. Noch kurz vor seiner zweiten Pariser Reise war Korfanty in Warschau, wo er lange Verhandlungen mit dem polnischen Ministerpräsidenten Witos über den polnischen Einmarsch in Oberschlesien hatte, in deren Verlauf Korfanty der Warschauer Regierung mit Amtsniederlegung gedroht haben soll, wenn man seine Pläne weiter durchkreuzen werde. Auf der Durchreise war dann Korfanty in Posen. Ursprünglich war der polnische Einmarsch in Oberschlesien für die ersten Tage des April festgesetzt, angeblich wurde er aber von Warschau abgelehnt. Dann wollte man gleich nach Abzug der englischen Bataillone losschlagen, hat es aber schließlich bis zur Abreise Leronds nach Paris verschoben. In Posen haben die Nachrichten aus Oberschlesien große Volksdemonstrationen im Sinne des Korfantyschen Aufrufes hervorgerufen. Man protestiert gegen die Entscheidung der interalliierten Kommission, für die man aber nur die Engländer und Italiener verantwortlich macht. Frankreich sei zum dritten Male der Retter der polnischen Unabhängigkeit. Ueberall bilden sich polnische Freiwilligenabteilungen, die zur Unterstützung der Aufständischen nach Oberschlesien wollen. Eine im Raume Kempen—Schildberg—Adenau stehende, in der Hauptsache aus polnischen Oberschlesiern gebildete Division, deren Regimenter bereits oberschlesische Städtebezeichnungen wie Beuthen, Kattowitz, Rybnik, Pleß führen, erbat angeblich telegraphisch die Erlaubnis zum Einmarsch, der aber vorläufig noch streng untersagt wurde.

Die polnische Putschorganisation.

Als Hauptwerkzeug für den Aufruhr in Oberschlesien dürfte die Polska Organizacya-Wojskowa, die polnische Militärorganisation zu betrachten sein, die aus militärisch organisierten Schützenvereinen entstanden ist. Dank der geschickten Propaganda und reichlichen Geldmittel aus Frankreich wurden die Kreise Rybnik und Pleß durch sie polonisiert und die Tätigkeit dieser Polen dehnte sich bald auf das Ratiborer und Beuthener Gebiet aus. In Peterwitz an der Grenze bildete sich ein regelrechter Staat und heute tagt die P. O. W. der polnischen Oberschlesier im Hotel Lounitz in Beuthen. Ihr Führer ist augenblicklich Michael Wolski, dem sieben Abteilungen für Operation und Organisation, für Nachrichtenwesen, Artillerie, Pioniere, Politik, Volkswehr, Polizei und Finanzen unterstellt sind. In jedem Kreise Oberschlesiens befindet sich ein Kreiskommandant der P. O. W., der über bewaffnete polnische Verbände verfügt. Jeder der Kreise hat wenigstens ein Bataillon Infanterie mit Maschinengewehren zu stellen. So schossen in den polnischen Ortschaften Oberschlesiens die früher nicht vorhandenen Sokols wie Pilze aus der Erde und heute stehen dort ganze Regimenter Infanterie und Artillerie, deren Stamm reguläre polnische Kommandos aus der Posener und Haller-Armee bilden.